Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtgirokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingesandt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellengesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Verantwortlich für die Redaktion: J. V.: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 277 | Dresden, Montag, 30. November | 1925

Gegen monarchistische Kundgebungen.

Berlin, 28. November.

Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt folgenden, an alle Polizeibehörden gerichteten Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern bekannt:

Die Übergabe des Denkmals für die im Weltkriege Gefallenen des ehemaligen Königin Augusta-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 4 am 11. Oktober 1925 auf dem Hof der jetzt mit Schutzpolizei belegten, früheren Kaserne jenes Regiments ist unter Formen erfolgt, die eine Verhöhnung des heutigen Staates darstellen und durch die dabei gehaltenen, republikfeindlichen und verfassungswidrigen Reden die Teilnehmer der Feier, namentlich die staatstreue Beamtenschaft, in ärgste Verlegenheit brachten, übrigens auch eine Verletzung des den Veranstaltern von der Schutzpolizei in der Kaserne gewährten Gastrechts bedeuteten.

Um solche unerträgliche Vorkommnisse künftig zu vermeiden und den Staat wie die Beamten der Schutzpolizei derartigen Entgleisungen und Übergriffen nicht wieder auszusetzen, sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, in Ergänzung eines früheren Runderlasses betreffend Teilnahme an Verbandstagungen hierdurch anzuordnen, daß Schutzpolizei-Unterkünfte außer für die rein dienstlichen Zwecke nur für solche Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden dürfen, die den Interessen der in der Unterkunft selbst untergebrachten Beamtenschaft dienen.

Tagung des deutschen Ostbundes.

Berlin, 28. November.

Der deutsche Ostbund trat heute im Sitzungssaal der Industrie- und Handelskammer in seine außerordentliche Bundesversammlung ein. Präsident v. Tilly betonte in der Eröffnungsansprache, die Einberufung der Versammlung sei dadurch nötig geworden, daß die 300 Mill. M. für die Entschädigungen der Vertriebenen sich als nicht ausreichend erwiesen hätten und daß deswegen vom Reichsentschädigungsamt neue Richtlinien herausgegeben worden seien, zu denen der Ostbund Stellung nehmen müsse. Notwendig sei ferner eine Stellungnahme des Bundes zu dem Vertragswerk von Locarno. Prof. Dr. Hoetzsch hielt einen Vortrag über die weltpolitische Lage mit besonderer Berücksichtigung der Ostfragen. Hierauf sprach Präsident Dr. Kapinsky vom Reichsentschädigungsamt über die Umstellung des Entschädigungsverfahrens und die Richtlinien.

Auflösung wegen Geheimbündelei.

Stuttgart, 29. November.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die in Stuttgart bestehende Freischar Roßbach ist auf Grund des § 2 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 aufgelöst worden, weil die Mitglieder zu unbedingtem Gehorsam gegenüber den Führern verpflichtet wurden und weil die Organisation der Freischar hundertschaftartigen Charakter hat. Gegen die Führer und Mitglieder der Vereinigung ist Strafanzeige wegen Geheimbündelei und Hundertschaftbildung erstattet. Die aufgelöste Freischar Roßbach steht übrigens mit dem ehemaligen Freikorpsführer Roßbach und der von ihm gegründeten Organisation in keiner Beziehung.

Einstellung der Kontumazialverfahren in Belgien.

Berlin, 30. November.

Die hiesige belgische Gesandtschaft teilt mit: Die deutsche Regierung ist durch die belgische Regierung benachrichtigt worden, daß der Beschluß gefaßt worden ist, die in contumacia noch schwebenden gerichtlichen Verfahren für Verbrechen oder Delikte, welche durch Deutsche in Belgien während des Krieges begangen sein sollen, nicht weiter zu verfolgen. Dieser Beschluß ist wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten in bezug auf gerichtliche Verhöre, die in contumacia nach vielen Jahren für die begangene Tat verfolgt werden, und wegen der hohen Kosten dieser Prozesse, die keinen praktischen Wert darstellen, gefaßt worden. Die belgische Regierung ist außerdem der Meinung, daß nach der Konferenz von Locarno die Weiterverfolgung derartiger Prozesse unnützerweise ein Hindernis für die zu wünschende Beruhigung zwischen beiden Ländern bilden würde.

Die Provinz- und Kreistagswahlen in Preußen.

Berlin, 29. November.

Heute fanden in ganz Preußen mit Ausnahme Groß-Berlins die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen statt. Soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, sind die Wahlen bei verhältnismäßig geringer Beteiligung ruhig und ohne Störung verlaufen.

Die Ergebnisse.

Königsberg, 29. November.

An der Provinziallandtagswahl beteiligten sich in der Stadt Königsberg von 187000 Wahlberechtigten 84000. Es erhielten an Stimmen: Sozialdemokratie 27214 (7. Dezember 1924 27954), Rechtsblock (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) 39092 (60419), Kommunisten 14754 (23222), Demokraten 4308 (8137), Zentrum 2933 (4142), Wirtschaftspartei 2953 (2396), Deutsch-Völkische 3358 (9221). Die Sozialdemokratie hat ihren Anteil an den abgegebenen Stimmen von 19 Proz. bei der letzten Reichstagswahl auf 31 Proz. zu steigern vermocht.

Stettin, 29. November.

Stettin Stadt: Dnat. Vp. 16523 (40000), Soz. 25972 (45000), D. Vp. 6327 (14000), Dem. 2778 (7500), Komm. 7809 (12700), Wirtsch. 3988 (4700), Aufwertungsp. 2081. Wahlbeteiligung 35 Proz.

Breslau, 29. November.

Breslau Stadt: Soz. 80897 (110700), Dnat. Vp. 38742 (73000), Zentr. 29704 (41400), D. Vp. 13758 (26800), Dem. 10215 (70600), Komm. 9922 (8200), Wirtsch. 4746 (5000), Dsoz. 4620, D.-Völk. 2614 (5700), Wirtsch. Notgem. 1560.

Liegnitz Stadt: Soz. 11996 (14000), Dnat. Vp. 6209 (10700), Zentr. 2488 (3300), D. Vp. 4236 (6800), Dem. 1553 (2200), Komm. 619 (744), Wirtsch. 2320 (2500), Dsoz. 356, Dvölk. 603 (1600), Wirtsch. Notgem. 895.

Halle a. d. S., 29. November.

Halle Stadt: Soz. 9219 (13000), Komm. 29412 (27200), Dem. 4260 (9900), Zentr. 1404 (1900), Dnat. Vp. und D. Vp. 30381 (Dnat. Vp. 29400, D. Vp. 17800), Sparer und Rentner 1654, Völkische Liste 734. Wahlbeteiligung 52 Proz.

Magdeburg, 29. November.

Soz. 59630 (72700), Komm. 12601 (10500), Dem. 10313 (18000), Zentr. 2742 (3800). Dnat. Vp. 20610 (28000), Völk. 2090 (2900), D. Vp. 23910 (27200), Dsoz. 1002. 60 Proz Wahlbeteiligung.

Halberstadt, 29. November.

Bei der Wahl zum Provinziallandtag wurden abgegeben in der kreisfreien Stadt Halberstadt 22135 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 73 Proz. Es erhielten Sozialdemokraten 8192, Kommunisten 1606, Demokraten 463, Zentrum 691, Aufwertungspartei 373, Deutsche Volkspartei 3694, Deutschnationale 5638, Völkische 1002, Deutschsoziale 127, Sparer- und Rentnerbund 271. Die Sozialdemokratie hat ihre Stimmenzahl zu erhöhen vermocht, während die anderen Parteien fast durchweg trotz starker Wahlbeteiligung Stimmen eingebüßt haben.

Kassel Stadt, 29. November.

Hessisch-Nassauische Arbeitsgemeinschaft 18979, Sozialdemokraten 23527, Zentrum 2698, Demokraten 4965, Kommunisten 13380, Handwerk und Gewerbe 1168, Wirtschafts- und deutsche Mittelstandspartei 1220. Wahlbeteiligung 65 Proz.

Frankfurt, 29. November.

Frankfurt a. M., Stadt. Abgegebene Stimmen 101858. Soz. 37621 (88000), Z. 14194 (30000), Dnat. Vp. 13160 (34000), D. Vp. 9970 (27000), Komm. 8882 (16000), Dem. 7684 (31000), Wirtsch. 6447 (9700), Arbeitnehmergruppe 3160, U. Soz. 432, Mieterschutzpartei 311. Wahlbeteiligung 29,4 Proz.

Essen, 29. November.

Essen-Stadt. Abgegebene Stimmen 129190. Wahlbeteiligung 35 Proz. Z. 50329 (75000), Soz. 18936 (35000), D. Vp. 13160 (24000), Dnat. Vp. 11567 (25000), Komm. 24590 (41000), Dem. 2172 (8000), Christlichsoz. 2569, Völkische 3383 (6000), Sparerbund 1176.

Köln, 29. November.

Köln-Stadt. Vorläufiges Ergebnis. Z. 51430 (99000), Soz. 29362 (56000), D. Vp. 10550 (33000), Dnat. V. 7664 (20000), Komm. 17992 (32000), Dem. 4128 (13000), Bund für Aufwertung 3981, Christlichsoz. 1200, Dvölk. 596 (3000), Wirtsch. 4362 (13000).

Düsseldorf, 29. November.

Düsseldorf-Stadt. Vorläufiges Gesamtergebnis: Z. 33578 (65000). Soz. 14485 (26600), D. Vp. 12185 (24000), Dnat. Vp. 10602 (31000), Komm. 23057 (50000), Dem. 2306 (9000), Sparerbund 1942, Wirtsch. 6065 (10000). Wahlbeteiligung etwa 30 Proz.

Provinz- und Bezirksergebnisse.

Provinz Pommern.

Stettin, 29. November.

Es erhielten an Stimmen die Deutschnationalen 289184, die Sozialdemokraten 154485, Deutsche Volkspartei 43258, Demokraten 18723, Kommunisten 31905, Wirtschaftspartei des Mittelstandes 26631, Aufwertungs- und Mittelstandspartei 24461, Parteilose Poschwitz-Kolberg 629, Wirtschaftspolitische Liste 10867.

Provinz Sachsen.

Merseburg, 29. November.

Die 113 Sitze des Provinziallandtages werden sich auf die einzelnen Listen ungefähr wie folgt verteilen: Sozialdemokraten 34 bis 35, Kommunisten 17, Demokraten 5, Zentrum 5 bis 6, Liste sachlicher Arbeit 46 bis 47, Völkische 3, Sparer und Rentner 2. Es werden in dem neuen Provinziallandtage 51 bis 52 Mitglieder der Linken 61 bis 62 Mitgliedern der Rechten gegenüberstehen (bisher 54 Mitglieder der Linken und 56 Bürgerliche.)

Endgültiges Ergebnis der Provinz Sachsen,

Halle a. d. S., 30. November.

Es erhielten: Sozialdemokraten 34 Sitze bei 373322 Stimmen, Kommunisten 17 Sitze bei 193016 Stimmen, Demokraten 5 Sitze bei 59447 Stimmen, Zentrum 5 Sitze bei 48859 Stimmen, Vereinigung sachlicher Arbeit 46 Sitze bei 508434 Stimmen, Völkischer Block 3 Sitze bei 28922 Stimmen.

Bezirksverband Wiesbaden.

Wiesbaden, 29. November.

Bei den kommunalen Landtagswahlen im Bezirksverband Wiesbaden erhielten die Sozialdemokraten 16 Sitze (bisher 17), Zentrum 12 (13), Kommunisten 4 (1), Wirtschaftspartei und Mittelstand 3 (0), Arbeitsgemeinschaft 8 (0), Deutsche Volkspartei 3 (11), Deutschnationale 3 (7), Demokraten 3.

Rheinprovinz.

Düsseldorf, 29. November.

Es erhalten: Zentrum 73 (73), Sozialdemokraten 24 (31), Deutsche Volkspartei 16 (20), Deutschnationale 16 (14), Kommunisten 18 (14), Deutsche Demokraten 4 (5), Wirtschaftspartei 5, Aufbaupartei 0, Christlichsoziale 0, Völkische 0, Polen 0, Unabhängige 0. Die Wahlbeteiligung betrug 40 Proz.

Westpreußen und Posen.

Schneidemühl, 30. November.

In der Grenzmark Westpreußen-Posen wurden 126779 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Deutschnationalen 44016 Stimmen, Deutsche Volkspartei 7933 Stimmen, Völk. Freiheitspartei 5771 Stimmen, Nation. Vereinigung 2471 Stimmen, Völk. Vereinigung 3719 Stimmen, Soz. 17887 Stimmen, Zentrum 34052 Stimmen, Demokraten 1833 Stimmen, Kommunisten 3344 Stimmen, Polen 435 Stimmen, Wirtschaftspartei 708 Stimmen und Mittelstandspartei 743 Stimmen. Von 30 Sitzen im Landtag entfallen voraussichtlich auf die Deutschnationalen 11, auf das Zentrum 9, Soz. 4, Deutsche Volksp. 2, Deutsch-völk. Freiheitspart. 1, nat. Vereinigung 0, völk. Vereinigung 1.

Oberschlesien.

Beuthen, 30. November.

Es erhielten: Zentrum 195854, Schwarz-weiß-rot 84630, Sozialdemokraten 34155, Polen 29228, Kommunisten 33712, Demokraten 9245, Kleinbauern 4484, Wirtschaftspartei 9535, Notgemeinschaft 4105. — Mandatsverteilung: 27 Sitze für das Zentrum, 12 Schwarz-weiß-rot, 6 Sozialdemokraten, 4 Polen, 4 Kommunisten, 1 Demokrat. Obschon die Wirtschaftspartei effektiv mehr Stimmen hat, als die Demokraten, bleibt sie ohne Mandat, was eine Folge der Berechnungsart ist.

Schleswig-Holstein.

Kiel, 30. November.

Es erhielten an Stimmen: Wiederaufbaupartei 142098 (19 Sitze), Sozialdemokraten 145927 (19 Sitze), Demokraten 24324 (3 Sitze), Kommunisten 32576 (4 Sitze), Eigenheimpartei 5252 (1 Sitz), Einigkeit 6930 (1 Sitz), Handwerk, Handel und Gewerbe 6470 (1 Sitz), Klein- und Mittelbauern 13951 (2 Sitze), Landwirtschaft 56473 (7 Sitze), Wirtschaftspartei 11283 (1 Sitz).

Provinz Hannover.

Hannover, 30. November.

Es erhielten die Sozialdemokraten 297956 Stimmen, die Deutschhannoversche Partei 6789, Deutsche Vp. 12968, Zentrum 100106, Deutschnationale 21375, Demokraten 33085, Kommunisten 40513, Beermann 172, Deutschsoziale 9501, Deutschvölkische Freiheitspartei 5733, evangelisch-soziale Liste 2986, Fürbringen 6413. Grafschaft Bentheim 8818, Haus- und Grundbesitzer 6982, Osterholz 752, Kreis Wittmund 39, Neuhaus-Osthadeln 6000, Sparerbund 18467, vereinigte hannoverische Provinziallandtagsliste 222036. In dieser Liste sind die besonders aufgeführte Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei einbegriffen, mit Ausnahme der Kreise Aurich und Osnabrück, Liste für das Handwerkergewerbe 43564.

Kommunallandtagswahlen in Hohenzollern.

Hechingen, 30. November.

Die Beteiligung an den Kommunallandtagswahlen in Hohenzollern betrug nur 33,04 Prozent. Von den 24 Sitzen entfallen auf das Zentrum 16 Sitze (bei den letzten Wahlen 18), Demokraten voraussichtlich 3 (3), Bürgerpartei 1 (2), Sozialdemokraten 1 (2) und Bauernbund 3 (0).

Kommunistische Demonstrationen in London.

London, 30. November.

Mehrere hundert Arbeitslose veranstalteten gestern abend in der Nähe des Brixtongefängnisses, in dem sich bis Sonnabend die verurteilten 12 Kommunisten befunden hatten, eine Sympathiekundgebung. Es kam zu keinem Zwischenfall.

Befreiung gefangener Republikaner in Dublin.

Dublin, 28. November.

Durch eine gewagte List gelang es 8 bewaffneten Männern, 19 Gefangene, die der Republikanischen Partei angehören, aus dem Gefängnis Mountjoy zu befreien. Sie hatten sich dadurch Eingang in das Gefängnis zu verschaffen gewußt, daß sie in der Uniform von Polizisten mit Männern erschienen waren, die sie als Gefangene ausgaben, die in das Gefängnis eingeliefert werden sollten. Sie hielten die Gefängniswärter zurück und brachten 19 Gefangene nach den bereitgestellten Automobilen. Die Polizei hat bisher keine Spur finden können.

Die Wünsche des Elsaß.

Paris, 30. November.

In Straßburg hatte gestern ein Delegiertentag der rechtsstehenden Parteien und der republikanischen Vereinigungen stattgefunden, dem 150 Delegierte beiwohnten, darunter etwa zehn Parlamentarier. Es wurde eine Resolution angenommen, die im Rahmen der französischen Einheit die Annahme eines liberalen Programms forderte und für Elsaß selbst unter Ausschluß des übrigen Frank-